

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 138

31. Oktober

1916

Bekanntmachung

über die Durchfuhr von Fischen und von Zubereitungen von Fischen. Vom 20. Oktober 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) und auf Grund der Bekanntmachung über die Einfuhr von Fischen und von Zubereitungen von Fischen vom 30. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1135) wird folgendes bestimmt:

Artikel I. Die Durchfuhr von Fischen, mit Ausnahme von freischen (lebenden und nicht lebenden) Fischen und die Durchfuhr von Zubereitungen von Fischen über die Grenzen des Deutschen Reiches ist bis auf weiteres verboten.

Artikel II. Die Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

betreffend Aenderung der Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung, betreffend die private Schweinefleischwirtschaft, vom 14. November 1915 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 461).

Im § 4 der Ausführungsbestimmungen zur Bekanntmachung, betreffend die private Schweinefleischwirtschaft, vom 14. November 1915, wird die Zahl 2,0 mit Wirkung vom 1. Oktober 1916 ab durch die Zahl 4,0 ersetzt.

Berlin, den 19. Oktober 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

über Festsetzung von Grundpreisen für verdorbene Speisefette und die Preisstellung für den Weiterverkauf im Großhandel. Vom 20. Oktober 1916.

Auf Grund der §§ 25, 28 der Verordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 755) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird bestimmt:

§ 1. Der Grundpreis für verdorbene Butter wird auf 30 Mark unter dem Grundpreis für abfallende Ware für je 50 Kilogramm festgesetzt.

Der Grundpreis für verdorbene Margarine wird auf 120 Mark und für sonstige verdorbene Speisefette einschließlich Speiseknochenfett auf 175 Mark für je 50 Kilogramm festgesetzt.

§ 2. Beim Weiterverkauf verdorbener Speisefette im Großhandel dürfen den im § 1 festgesetzten Preisen nicht mehr als insgesamt 4 Mark für je 50 Kilogramm zugeschlagen werden.

§ 3. Als verdorben im Sinne dieser Vorschrift gelten Speisefette, die für den menschlichen Genuß nicht geeignet sind.

§ 4. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Oktober 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Bekanntmachung

über Drudpapierpreise.

Auf Grund der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Reichsstelle für Drudpapier, vom 18. Oktober 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1171) wird folgendes bestimmt:

1. Auf die Preise (sogenannte Friedenspreise), die am 30. Juni 1915 für maschinenglatte, holzhaltiges Drudpapier, das zum Druck von Tageszeitungen bestimmt war, zu bezahlen waren, ist

a) für Rollenpapiere ein Aufschlag von fünfzehn Mark, b) für Formatpapiere ein Aufschlag von sieben Mark für einhundert Kilogramm maschinenglatte, holzhaltiges Drudpapier zu zahlen.

Die Lieferung hat im übrigen zu denjenigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen zu erfolgen, die im zweiten Vierteljahr 1916 Geltung gehabt haben.

2. Erfolgt die Lieferung von Drudpapier vom Lager eines Papierhändlers, so kann der Händler auf den auf Grund der Ziffer 1 zu zahlenden Betrag einen weiteren Aufschlag von fünf vom Hundert berechnen.

3. Bei allen Lieferungen durch Papierhändler hat der Händler auf den Rechnungsbetrag (abzüglich Fracht und Verpackung) einen Rabatt von zwei vom Hundert zu gewähren, wenn die Bezahlung der Rechnung durch den Verleger bis zum 30. Tage nach Eingang der Rechnung erfolgt.

Wird die Rechnung an den Händler bis zum 60. Tage bezahlt, so kann der Händler die Bezahlung ohne Abzug von Rabatt verlangen. Erfolgt die Bezahlung nach dem 60. Tage, so ist der Händler berechtigt, auf den Rechnungsbetrag (einschließlich Fracht und Verpackung) zwei vom Hundert aufzuschlagen.

Weitere Aufschläge als die vorstehend unter Ziffer 2 und 3 genannten darf der Händler auf die nach Ziffer 1 zu zahlenden Preise nicht fordern.

4. Die Preisfestsetzungen der vorstehenden Ziffern 1 bis 3 gelten für den Monat Oktober 1916.

Alle Aufschüsse sind an die Reichsstelle für Drudpapier, Berlin E. 2, Breite Straße 8/9, zu richten.

Berlin, den 19. Oktober 1916.

Reichsstelle für Drudpapier.
Rühe, Geheimen Regierungsrat.

Bekanntmachung

über das Verbot des Erwerbs gemästeter Schweine zum Zweck der Hauschlachtung. Vom 24. Oktober 1916.

Auf Grund des § 6 Abs. 2 und des § 16 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. März 1916 über Fleischverjorgung (Reichs-Gesetzbl. S. 199) bestimmen wir:

§ 1. Personen, die nicht als Besitzer eines landwirtschaftlichen oder eines Mästereibetriebes ständig Schweine halten, dürfen Schweine von über 140 Pfund Lebendgewicht zum Zweck späterer Hauschlachtung nicht erwerben. Der Verkauf von solchen Schweinen sowie deren Lieferung auf Grund bereits abgeschlossener Kaufverträge an genannte Personen ist verboten.

§ 2. Die in § 1 genannten Personen haben, wenn sie Schweine zum Zweck späterer Hauschlachtung erwerben, dies dem Kreisamt anzuzeigen.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Verordnung werden nach § 15 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 27. März 1916 über Fleischverjorgung mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 24. Oktober 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Domborg.

Bekanntmachung

vom 18. Oktober 1916.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über Speisefette vom 20. Juli 1916, der Grundsätze der Reichsstelle für Speisefette hierzu vom 7. September 1916, der Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes über die Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 und der Anordnungen der Reichsstelle für Speisefette vom 4. Oktober 1916 wird hiermit für das Gebiet des Kommunalverbands folgendes bestimmt:

§ 1. Der tägliche Bedarf der Vollmilchversorgungsberechtigten wird berechnet mit:

- 1 Liter bei Kindern im 1. und 2. Lebensjahre, soweit sie nicht gestillt werden;
- 1 Liter bei stillenden Frauen für jeden Säugling;
- ¾ Liter bei Kindern im 3. und 4. Lebensjahre;
- ¾ Liter bei schwangeren Frauen in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung;
- ½ Liter bei Kindern im 5. und 6. Lebensjahre;
- durchschnittlich 1 Liter bei Kranken.

§ 2. Für die in der Regel für höchstens 2 Monate auszufallenden Bescheinigungen für den Bezug von Krankmilch gelten die von dem Großherzoglichen Ministerium des Innern erlassenen Vorschriften für Abgabe von Lebensmittelzusatzmengen an Kranke.

Die Bescheinigungen für die Inzassen von öffentlichen Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten dürfen durch die Anstaltsleitung und zwar für sämtliche vollmilchversorgungsberechtigte Inzassen in einer Urkunde ausgestellt werden.

§ 3. Die Gemeinden sind verpflichtet, die Verteilung der ihnen zustehenden Vollmilch vorzunehmen.

Die Abgabe von Vollmilch darf nur gegen Bezugsarten erfolgen. Die Bezugsarten sind nach dem vom Kommunalverband vorgeschriebenen Muster anzufertigen.

Diese Vollmilchbezugsarten haben in allen Gemeinden des Landes Gültigkeit.

§ 4. Dem Kommunalverband steht die Verfügung über die in den Molkereien gewonnene Magermilch zu.

Gemeinden über 10000 Einwohner haben den Verkehr mit Magermilch selbst zu regeln.

§ 5. Alle Gemeinden im Großherzogtum haben bis zum 10. jedes Monats den Kreisämtern für den Kommunalverband nachzuweisen:

a) wie groß der Vollmilchbedarf ihrer Versorgungsberechtigten (§ 1 dieser Bekanntmachung) im vorhergehenden Monat gewesen ist, und zwar unter der Angabe der Zahl der Versorgungsberechtigten, geordnet nach den einzelnen Klassen und der auf die Klassen entfallenden Milchmengen;

b) wie groß im vorhergehenden Monat die Vollmilchmengen gewesen sind, die

1. in ihrem Bezirk geliefert,
2. in ihrem Bezirk gewonnen,
3. in ihrem Bezirk zum Verkehr abgegeben,
4. in ihrem Bezirk zur Verbutterung gelangt,
5. aus ihrem Bezirk ausgeführt sind.

Auf Grund dieser Nachweisungen stellt der Kommunalverband fest, welche Gemeinden als Bedarfsgemeinden und welche als Ueberflußgemeinden zu gelten haben, und trifft die für den Ausgleich erforderlichen Maßnahmen.

§ 6. Milcherzeuger dürfen Vollmilch nur verkaufen:

- a) an die für die einzelnen Gemeinden von dem Kommunalverband noch zu bezeichnenden Molkereien,
- b) an die von dem Kommunalverband bestellten Milchaufkäufer.

Die Bewertung der an die Molkereien und Milchaufkäufer gelieferten Vollmilch erfolgt nach Anordnung des Kommunalverbandes.

Der Kommunalverband kann einzelnen Milchviehwirtschaften die Befugnis erteilen, Bedarfsgemeinden unmittelbar mit Vollmilch zu beliefern.

Jeder anderweitige Verkauf von Vollmilch ist verboten.

§ 7. Die nach § 6 Absatz 1, Ziffer b bestellten Milchaufkäufer erhalten eine von dem Kommunalverband auszufüllende Ausweisarte; für Angestellte können Beisarten ausgestellt werden.

Die Ausweisarte trägt Name, Stand und Wohnort des Inhabers und ist von diesem mit Unterschrift zu versehen.

Die Ausweisarte ist bei Ausübung des Milchaufkaufs mitzuführen; sie ist auf Verlangen sowohl dem Milcherzeuger wie den Polizeibeamten und den vom Kommunalverband mit der Ueberwachung des Milchverkehrs beauftragten Personen, sowie auch den Beamten der Eisenbahn und Post vorzuzeigen. Die Uebertragung der Ausweisarte an einen anderen und die Benutzung einer auf einen anderen ausgestellten Ausweisarte ist verboten.

Die Bestellung ist jederzeit widerruflich. Mit dem Widerruf der Bestellung ist die Ausweisarte ungültig.

Ein Entschädigungsanspruch erwächst aus dem Widerruf nicht. Gegen die Versagung und den Widerruf der Bestellung besteht kein Beschwerderecht.

Gleiche Ausweise erhalten die in § 6 Abs. 2 genannten Milchviehwirtschaften.

§ 8. Die Zuweisung eines Ortes oder eines Milcherzeugers zu einer Molkerei nach § 6 Absatz 1 Ziffer a ist jederzeit widerruflich.

§ 9. Butter, die nicht in den vom Kommunalverband anerkannten Molkereien hergestellt ist (Landbutter), darf nur an die mit einer vom Kommunalverband ausgestellten Ausweisarte versehenen Aufkäufer abgegeben werden. Die Aufkäufer haben die Butter an die ihnen beheimateten Stellen abzuliefern.

Auf die Bestellung der Aufkäufer und ihre Pflichten findet der § 7 entsprechende Anwendung.

§ 10. Fettstoffversorger sind für sich und ihre Haushaltsangehörigen diejenigen Milcherzeuger, die selbst Butter herstellen oder von der Molkerei, in die sie Milch liefern, Butter erhalten.

Alle übrigen Personen sind Fettversorgungsberechtigte.

§ 11. Die den Speisefettversorgungsberechtigten zu gewährende Fettmenge darf für den Kopf und die Woche 90 Gramm nicht übersteigen.

§ 12. Fettstoffversorger, die selbst buttern, dürfen 180 Gramm Butter für Woche und Kopf ihrer Haushaltsangehörigen in ihrem Haushalt verwenden sowie weiter für die bei ihnen beschäftigten und belästigten Kriegsgefangenen und Saisonarbeiter die jeweils bestimmte Wochenfettmenge.

Sammelmolkeereien dürfen an ihre Milch liefernden Selbstversorger 180 Gramm Butter für Woche und Kopf ihrer Haushaltsangehörigen sowie für die bei den Selbstversorgern beschäftigten und belästigten Kriegsgefangenen und Saisonarbeiter die jeweils bestimmte Wochenfettmenge zurückliefern. Milchlieferanten, welche Butter selbst herstellen, erhalten keine Butter zurück.

§ 13. Sämtliche Gemeinden haben für ihren Bezirk den Verkehr und den Verbrauch von Speisefetten gemäß den Bestimmungen in § 18 der Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916 zu regeln. Für die Versorgungsberechtigten sind Fettarten einzuführen.

§ 14. Ein Anspruch auf die nach dieser Bekanntmachung vorgesehene Milch- und Speisefettmenge besteht für die Versorgungsberechtigten nicht.

§ 15. Der Kommunalverband erhebt von den Molkereien ein fünftel Pfennig für jedes eingelieferte Liter Vollmilch. Die gleiche Abgabe haben die Milchaufkäufer und die nach § 6 Absatz 3 zur unmittelbaren Abgabe von Milch an Bedarfsgemeinden ermächtigten Milchviehwirtschaften zu entrichten.

§ 16. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden auf Grund der §§ 34 bis 36 der Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1916 über Speisefette mit Gefängnis bis zu einem

Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 17. Das Inkrafttreten dieser Bekanntmachung wird durch besondere Anordnung verfügt.

Darmstadt, den 18. Oktober 1916.

Kommunalverband
für Milch- und Speisefettversorgung Großherzogtum Hessen
Leopold Prinz von Isenburg.

Betr.: Die Organisation des Verkehrs im Lande mit Milch und Butter.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen. Der Befolg ist zu überwachen. Weitere Ausführungsbestimmungen erfolgen in Balde. Molkereien, Milch- und Butterhändler sind zu bedenken.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 8 der Bekanntmachung des Kriegsernährungsamtes betr. Bewirtschaftung von Milch und den Verkehr mit Milch vom 3. Oktober 1916 wird bestimmt:

1. Der Höchstpreis für das Liter Vollmilch, das von Molkereien, Aufkäufern und den zur unmittelbaren Abgabe von Milch nach § 6, Absatz 3 unserer Bekanntmachung vom 18. Oktober 1916 ermächtigten Milchviehwirtschaften an Bedarfsgemeinden abgegeben wird, wird bei Lieferung in Rahmen frei Rampe (d. h. einschließlich Verladekosten bis zum Bestimmungsort) auf 30 Pfennig festgesetzt.

2. Der Höchstpreis für das Liter fäher Magermilch in Rahmen wird frei Rampe (d. h. einschließlich Verladekosten bis zum Bestimmungsort) auf 20 Pfennig festgesetzt.

3. Der von den Molkereien innerhalb des Rahmens des üblichen Fettgehaltsbezahlgangsverfahrens sowie den Aufkäufern an den Milcherzeuger für Vollmilch zu zahlende Mindestpreis (Stallpreis) wird auf 24 Pfennig für das Liter festgesetzt.

Darmstadt, den 24. Oktober 1916.

Kommunalverband
für Milch- und Speisefettversorgung Großherzogtum Hessen.
Leopold Prinz von Isenburg.

Betr.: Bewirtschaftung von Milch.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist ortsüblich zu veröffentlichen. Der Befolg ist zu überwachen.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Kartoffellieferung.

Durch die neuerdings veröffentlichte Bekanntmachung vom 14. d. M. (R.-G.-Bl. S. 1165; Kreisbl. Nr. 247) hat der Herr Reichszentraler bestimmt (§ 1), daß die Regelung der Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln (§ 2 der Bekanntmachung vom 26. Juli 1916 nach dem Grundsatze zu erfolgen hat, daß bis zum 15. August 1917 nicht mehr als 1 1/2 Pfund Kartoffeln für den Tag und Kopf der Bevölkerung durchschnittlich verwendet werden dürfen. Deshalb ist vorgeschrieben, daß der Kartoffelerzeuger auf den Tag und Kopf bis 1 1/2 Pfund seiner Ernte für sich und jeden Angehörigen seiner Wirtschaft verwenden darf, während im übrigen, also für die Verbraucher der Tageskopffaz auf höchstens 1 Pfund mit der Maßgabe festgesetzt ist, daß der Schwerarbeiter eine tägliche Zulage bis zu 1 Pfund Kartoffeln erhält. Dieser Anordnung entsprechend war die Verbrauchsregelung auch für die Kartoffelerzeuger sofort durchzuführen und ist Ausschreiben vom 19. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 247) erfolgt. Personen, die Bezugsscheine über größere, als die ihnen jetzt zustehenden Mengen ausgestellt erhalten haben, sind zu benachrichtigen, welche Mengen Kartoffeln sie gegebenenfalls auf weitere Benachrichtigung hin als zu viel bezogen an den Kommunalverband zurückzuliefern haben.

§ 2 der Bekanntmachung enthält ein Verfüttungsverbot für Kartoffeln, Kartoffelstärke, Kartoffelstärkemehl und Erzeugnisse der Kartoffelindustri. Die Bekanntmachung über die Verfüttung von Kartoffeln vom 23. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 1075) ist aufgehoben. Eine Verfüttung auch an Schweine und Federvieh ist nur noch gestattet für Kartoffeln, die als Speise- oder Fabrikkartoffeln nicht verwendbar sind.

§ 6 der Bekanntmachung stellt Zuwiderhandlungen unter schwere Strafen. Es ist Vorsorge zu treffen, daß dieses Verbot aufs schärfste überwacht wird und § 2 Abs. 2 der Bekanntmachung nicht zu Umgehungen ausgenutzt wird.

Verfüttet dürfen nur Kartoffeln werden, die nach ihrer Größe und Beschaffenheit weder als

Speise- noch als Fabrikkartoffeln verwandt werden können. Verfütterung an andere Tiere, als an Schweine und Federvieh darf nur erlaubt werden, wo Schweine und Federvieh in der Wirtschaft überhaupt nicht, oder nur in einem so geringen Umfang gehalten werden, daß er eine angemessene Verwertung der für Speise- und Fabrikzwecke ungeeigneten Kartoffeln nicht ermöglicht. Unverlesene Kartoffeln dürfen nicht verfüttert werden. Die Einföhrung von Kartoffeln und die Vergällung von Kartoffelfabrikaten wird durch § 3 ebenfalls verboten. Der Handel und Verkehr mit Saatkartoffeln mufte vorübergehend verboten werden (§ 4), um die zurzeit unbedingt vorgehende Verwendung von Speisekartoffeln nicht noch weiter zu gefährden. Verhandlungen über eine zweckmäßigere Gestaltung und Ueberwachung des Saatguthandels sind eingeleitet.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Kartoffellieferung.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die Festsetzung in unserem Ausschreiben vom 19. Oktober 1916 (Kreisblatt Nr. 247) nebst der Bekanntmachung des Reichsanzigers vom 14. Oktober 1916 (ebendort) ist ortsüblich bekannt zu machen, ebenso ist mit den vorstehenden Bestimmungen zu verfahren. Der Erfolg ist von Ihnen zu überwachen und es ist dafür Sorge zu tragen, daß die erlassenen Vorschriften ausgeführt werden.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Das Sammeln von Bucheckern.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Vielfach besteht die irrige Meinung, daß jeder Sammler von Bucheckern berechtigt sei, 25 Kilogramm im voraus für sich zu behalten. Dies ist nicht zutreffend. Wenn bei einem Gesamtergebnis der Sammlung eines Haushalts 100 Kilogramm zusammengebracht sind, so ist diese Menge der Sammelstelle vorzuführen. Es werden 75 Kilogramm zum Preise von je 0.50 Mk. für das Kilogramm angekauft und 25 Kilogramm an den sammelnden Haushalt zurückgegeben. Bei einer Sammelmenge von 30 Kilogramm darf der Haushalt nur $\frac{1}{4}$, sonst 7,5 Kilogramm erhalten. Sind andererseits 160 Kilogramm gesammelt worden, so erhält der Haushalt nicht den 4. Teil — 40 Kilogramm, sondern die höchste zulässige Menge von 25 Kilogramm für den eigenen Bedarf.

Wir beantragen Sie, vorstehendes wiederholt ortsüblich bekannt zu machen und die Sammelstellen in geeigneter Weise auf richtige Einhaltung dieser Grundsätze zu überwachen.

Erlaubnisfcheine zum Schlagen von Bucheckern dürfen von Ihnen nur auf Grund von Bescheinigungen der Sammelstellen über die tatsächlich erfolgte Ablieferung ausgestellt werden.

Schließlich beantragen wir Sie, noch erneut auf die Wichtigkeit des Sammelns von Bucheckern hinzuweisen.

Mit Bezugnahme auf unsere Umdruckverfügung vom 10. Oktober sehen wir Ihrem baldigen Bericht darüber entgegen, an welchen Orten Sammelstellen errichtet worden sind, welche besonderen Einrichtungen Sie getroffen haben und welches Ergebnis das Sammeln seither erbracht hat?

Gießen, den 28. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Nottschlachtungen.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir empfehlen Ihnen, ortsüblich bekannt machen zu lassen, daß wir es grundsätzlich ablehnen müssen, bei Nottschlachtungen das Fleisch dem Antragsteller zu überweisen, wenn das Tier noch nicht 6 Wochen in seiner Mast gewesen ist.

Im Anschluß hieran wird hiermit angeordnet, daß Ihrerseits von jetzt ab bei allen Anträgen auf Genehmigung von Nottschlachtungen ein entsprechender Vermerk über die Dauer der Mast bei dem Antragsteller aufzunehmen ist.

Gießen, den 29. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Ausfuhr von Rüben.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Höchstpreise für Rüben vom 26. Oktober 1916 (Reichsgesetzbl. S. 1204) wird hiermit mit sofortiger Wirkung angeordnet, daß Wasserrüben, Stoppelrüben, Herbstrüben unter Ausschluß der Zeltener Rüben, Kunkelrüben, Juderrüben unter Ausschluß der roten Rüben, Kohlrüben, (Bruden, Bodenkohlstrabi, Steckrüben) sowie Möhren aller Art nur mit unserer Genehmigung aus dem Kreis Gießen ausgeführt werden dürfen.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Ausfuhrbeschränkung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Daneben können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

Gießen, den 30. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden, das Großh. Polizeiamt und die Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung ist möglichst sofort ortsüblich zur allgemeinen Kenntnis zu bringen. Bei festgestellten Zuwiderhandlungen ist zwecks Strafverfolgung und gegebenenfalls Anzeige zu erstatten und die betroffenen Rüben zwecks Einziehung sicherzustellen.

Gießen, den 30. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Vorsitz im Vorstände des Oberhessischen Viehhandelsverbandes.

Herr Universitätsprofessor Dr. Skalweit hat zufolge seiner Berufung in das Kriegsernährungsamt in Berlin das Amt des Vorsitzenden des Vorstandes des Oberhessischen Viehhandelsverbandes niedergelegt.

Gemäß § 12 Abs. 2 der Satzung für den Oberhessischen Viehhandelsverband vom 12. Februar d. J. haben wir Herrn Universitätsprofessor Dr. Rosenberg zu Gießen zum Vorsitzenden des Vorstandes dieses Verbandes ernannt.

Gießen, den 30. Oktober 1916.

Großherzogliche Provinzialdirektion Oberhessen.
Dr. Ufinger.

Betr.: Getreide-Ernte 1916.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Anträge auf Zurückstellung des Treichpersonals sind von Ihnen unmittelbar an das stellv. Generalkommando des 18. Armee-Korps Frankfurt a. M. zu richten.

Gießen, den 28. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langermann.

Betr.: Hauschlachtungen.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises Gießen.

Die den Anträgen auf Hauschlachtung beizufügenden Wiegenscheine sind stets diesen aufzulegen, da sonst durch etwaigen Verlust derselben Verzögerungen in der Erlaubniserteilung eintreten könnten.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langermann.

Betr.: Sammlung von Teckräutern.

An die Schulvorstände des Kreises.

Die Mainzer-Lagerhaus-Gesellschaft ersucht um umgehende Ablieferung der gesammelten Teckräuter, soweit diese noch nicht erfolgt ist, da sie die Sammlung mit Ablauf dieses Monats schließen und an die Verwertung der Teckräuter berantreten will. Sie wollen unter Beachtung der in dem überdruckten Ausschreiben vom 9. September 1916 für den Versand gegebenen Anweisungen das Erforderliche alsbald veranlassen.

Gießen, den 27. Oktober 1916.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Treis an der Lumba; hier Drainagen.

In der Zeit vom 10. bis einschließlich 17. November l. J. liegen auf Gr. Bürgermeisterei Treis an der Lumba die Ausschläge der Jinsen für Drainagekosten zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Meldung des Ausschlusses innerhalb der oben angegebenen Offenlegungsfrist bei Gr. Bürgermeisterei Treis an der Lumba schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 22. Oktober 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schmittpahn, Regierungsrat.

Dienftnachrichten des Großh. Kreisamts Gießen.

Großh. Ministerium des Innern hat dem e. V. „Stuttgarter Wäckerinnenheim“ die Erlaubnis erteilt, 6000 Lose einer im November d. J. zu veranstaltenden Gelbblotterie innerhalb des Großherzogtums zu vertreiben.

Zum Vertrieb in Hessen dürfen nur mit dem hessischen Zulassungsschemel versehene Lose gelangen.